



< 5%

aller Bücher in der EU sind zugänglich für Blinde oder Sehbehinderte



16%

Das Budget für Lebensmittelkontrollen in Großbritannien ist um 16% gekürzt worden



57%

aller Anlageberatung ist für EU-Verbraucher ungeeignet



83%

der EU-Bürger möchten, dass Lebensmittel aus Klonnachfahren gekennzeichnet werden



24%

der EU-Haushalte werden mit Sperrung von Internetinhalten konfrontiert

Europawahl 2014

# BEUC WAHLPROGRAMM

Eine starke EU-Verbraucherpolitik



90%

der Verbraucher wollen wissen, wo ihre Lebensmittel herkommen



€1,3 Mrd.

Die Höhe des Kartenbetrags in der Euro-Zone in 2012



**BEUC**

The European Consumer Organisation



97%

der Hühnerfilets in den Niederlanden sind mit antibiotikaresistenten Bakterien infiziert



58%

Weniger als 3 von 5 Verbrauchern sind zufrieden mit ihrem Stromanbieter

Herausgegeben im April 2014 durch BEUC, Brüssel, Belgien. Jede vollständige oder teilweise Reproduktion dieser Veröffentlichung muss ihren Titel nennen und den Verleger als Inhaber der Urheberrechte angeben.

© Texte 2014. Alle Rechte vorbehalten.

The European Consumer Organisation

Bureau Européen des Unions de Consommateurs  
Europäischer Verbraucherverband  
Rue d'Arlon, 80 Bte 1  
B - 1040 Bruxelles



*Kofinanziert von der Europäischen Union*

**Europawahl 2014**

# **BEUC WAHLPROGRAMM**

Eine starke EU-Verbraucherpolitik



# VERBRAUCHERPOLITIK IN EUROPA – DER KONTEXT

## 1. Rückblick auf 5 Jahre EU-Verbraucherpolitik

In den vergangenen 5 Jahren stimmte das Europäische Parlament über zahlreiche Richtlinien und Verordnungen ab, die sich auf das tägliche Leben der Verbraucher auswirken. Viele der vom Europäischen Parlament verabschiedeten Gesetze werden den Verbrauchern konkrete Vorteile bringen.

- Ein unzulänglicher Gesetzentwurf, welchen die Europäische Kommission für eine Verbraucherrechterichtlinie vorgelegt hatte, wurde durch das Europäische Parlament an vielen Stellen deutlich verbessert, um einen besseren Schutz für Verbraucher beim Online-Einkauf in der gesamten EU zu erzielen.
- Während das Parlament leider eine verbindliche Nahrungskennzeichnung auf der Vorderseite der Verpackung abgelehnt hatte, schloss die Richtlinie über Nahrungsmittelinformationen für Verbraucher zumindest klarere Bestimmungen über die Lesbarkeit solcher Information ein. Zusätzlich machte die Richtlinie die Erteilung von Nahrungsmittelinformationen auf der Packung (Vorder- oder Rückseite) obligatorisch. Frisches Fleisch muss zusätzlich in Zukunft mit dem Herkunftsland versehen werden. Ebenso besteht die Möglichkeit, diese Anforderung auch auf Erzeugnisse zu erweitern, welche Fleisch als Zutat enthalten sowie auf andere Produkte (z.B. Mehl oder Öl).
- Eine Hypothekarkredit-Richtlinie wird die vorvertragliche verbindliche Bereitstellung von Informationen beim Kauf von Wohnungskrediten verbessern und ein allgemeines Recht auf die Rückzahlung von Krediten vor dem Fälligkeitsdatum einführen.
- Das Europäische Parlament führte strenge Maßnahmen zur Verstärkung der Marktaufsicht bezüglich Arzneimitteln ein, die Verbrauchersicherheit gewährleisten und Verbraucherinformationen über die Vorteile und Risiken von Arzneimitteln verbessern.

- Die Energieeffizienzrichtlinie wird Verbrauchern helfen, einen besseren Kenntnisstand über ihren eigenen Energieverbrauch zu erlangen und Maßnahmen zur Reduktion des Energieverbrauchs durchzuführen, was langfristig deutliche finanzielle Einsparungen mit sich bringt.

- Die Verabschiedung eines EU-Gesetzes zur Einführung einer außergerichtlichen Streitbeilegung in ganz Europa wird den Zugang zum Recht verbessern.



Dieser Auszug wird ergänzt durch Maßnahmen zur Verhinderung des ACTA-Übereinkommens, das eine negative Durchführung der Geltendmachung geistiger Eigentumsrechte und des Datenschutzes bedeutet hätte sowie ein sehr positives Gutachten des Parlaments über den Schutz der menschlichen Gesundheit vor endokrinen Disruptoren.

## 2. Der EU-Binnenmarkt ist noch immer keine Realität

Während die oben genannten Themen das Potenzial haben, das Leben der Menschen positiv zu verändern, haben unsere Mitgliedsorganisationen gemischte Gefühle im Hinblick auf die sichtbaren Vorteile, die der europäische Binnenmarkt den Verbrauchern gebracht hat.

Vor dem Hintergrund der nachfolgenden Problemstellungen werden wir die Arbeit der Mitglieder des Europäischen Parlamentes (MdEP) auch in Zukunft begleiten. Die tatsächliche Wahrnehmung des Binnenmarktes durch die Verbraucher sollte MdEPs bei ihren Entscheidungen leiten.

### Rechte auf dem Papier, aber nicht in der Realität

- > Es ist fast schon eine inflationär benutzte, aber dennoch wahre Aussage, dass EU-Gesetze nur so wirksam sind wie ihre Umsetzung auf nationaler Ebene. Daher ist es wesentlich, dass Verbraucher die Möglichkeit haben, ihre Rechte auf nationaler Ebene tatsächlich geltend zu machen. Ebenso ist es wichtig, dass Vollzugsbehörden bereit und in der Lage sind zu gewährleisten, dass Verbraucherrechte wirksam geschützt sind. Allerdings schrecken hohe Kosten und die Bürokratie des Gerichtswesens individuelle Verbraucher oftmals davon ab, eine gerichtliche Klage einzuleiten. Günstige und effiziente Alternativen stehen oft nicht zur Verfügung, insbesondere wenn es um grenzüberschreitende Transaktionen geht.

Um zu gewährleisten, dass Verbraucher die für sie geltenden Rechte auch tatsächlich in Anspruch nehmen können, muss die Durchsetzung der Rechte auf nationaler Ebene und der Zugang zu Justiz und Entschädigung verbessert werden.



16%

(Which? Recherche veröffentlicht am 14. Januar 2014).

Das Budget für Lebensmittelkontrollen in Großbritannien ist um 16% gekürzt worden

### Mangelnde offizielle Unterstützung für Verbraucherpolitik und Organisationen

- > Laut unseren Mitgliedern schwächt die Finanzkrise und die damit einhergehenden Budgetkürzungen deutlich die Rolle von Verbraucherschutz- und Regulierungsbehörden, um negativen Auswirkungen des Marktversagens oder wirtschaftlichen Fehlverhaltens entgegenzuwirken. Beispielsweise verfügen einige Lebensmittelaufsichtsbehörden seit Beginn der Finanzkrise über weniger Mitarbeiter um ihre Aufgaben wahrzunehmen.<sup>1</sup>

Verbraucherorganisationen kämpfen ebenso mit Ausgabenkürzungen aufgrund von mangelnder finanzieller Unterstützung durch die öffentliche Hand. Insbesondere in den

<sup>1</sup> Syndicat National des Inspecteurs en Sante Publique Vétérinaire, 2010.

neueren Mitgliedsstaaten kämpfen Verbraucherorganisationen mit einem allgemeinen Mangel an Verständnis und Unterstützung für Verbraucherpolitik von Seiten der Politik und öffentlicher Hand<sup>2</sup>.

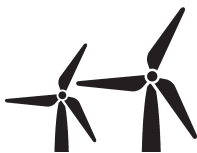
### **Ermächtigung oder Informationsüberlastung?**

- > Es gibt einen Trend in der Politik, der besagt, dass Verbraucher - wenn sie die richtigen Werkzeuge und angemessene Informationen erhalten - in der Lage sein sollten, die 'richtige' Auswahl zu treffen um schlussendlich die Märkte mit ihrer kollektiven Macht beeinflussen zu können. Allerdings hindern Informationsüberlastung, die zunehmende Komplexität der Märkte, gewisse Lebenssituationen sowie häufig unverständliche Informationen (z.B. Kleindruck sowie lange und juristische Vertragsbedingungen) Verbraucher daran, fundierte Entscheidungen zu treffen.

Die Vereinfachung wesentlicher Informationen, ein besseres Verständnis der politischen Gestaltung im Hinblick darauf wie Verbraucherentscheidungen getroffen werden, und die kluge Verwendung von Wahlfiltern (beispielsweise Websites mit der Möglichkeit des Preisvergleichs) sind allesamt Hilfsmittel zur Vereinfachung unseres Lebens.

### **Grundlegende Dienstleistungen und Konsumbereiche bringen die größten Schwierigkeiten mit sich und sind zunehmend unerschwinglich**

- > Laut unseren Mitgliedern sind die wichtigsten Konsumbereiche für Verbraucher auch die problematischsten. Ein Blick auf das Verbraucherbarometer der Europäischen Kommission bestätigt diese Beobachtung<sup>3</sup>. Ganz oben auf der Liste der Verbraucherbeschwerden stehen Finanzdienstleistungen, Wohnungswesen, Heizung, Elektrizität, Mobiltelefonienste, Internet und Treibstoff für Fahrzeuge.



**58%**

Weniger als 3 von 5  
Verbrauchern sind zufrieden  
mit ihrem Stromanbieter

Ein weiterer beunruhigender Faktor ist, dass Verbraucher über ständig steigende Kosten besorgt sind<sup>4</sup>. Geringfügige Erhöhungen der Stromrechnungen oder höhere Lebensmittelpreise können große Auswirkungen auf angespannte Haushaltsbudgets haben. Auch die Finanz- und Wirtschaftskrise trifft viele Verbraucher sehr hart, in manchen Mitgliedsstaaten schlimmer als in anderen. Verbraucherpolitik sollte sich dieser neuen Realität annehmen, den Grundsatz der Erschwinglichkeit einschließen und Diskriminierung von schwächeren Verbrauchern - insbesondere von jenen mit einem geringen Einkommen - verhindern.

<sup>2</sup> <http://beuc.eu/beuc-network/cesee>

<sup>3</sup> [http://ec.europa.eu/consumers/consumer\\_research/editions/docs/monitoring\\_consumer\\_markets\\_eu\\_2012\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/consumers/consumer_research/editions/docs/monitoring_consumer_markets_eu_2012_en.pdf)

<sup>4</sup> <http://www.which.co.uk/news/2013/09/cost-of-living-tops-the-agenda-for-consumers-333126/>

## **Liberalisierte Märkte werden den Erwartungen nicht gerecht**

- Die Politik der Liberalisierung wurde der Öffentlichkeit mit sinkenden Preisen, besser funktionierenden Märkten und mehr Verbraucherwahl schmackhaft gemacht. Es wurde im Laufe der Jahre jedoch deutlich, dass die Liberalisierung von Märkten nicht automatisch mehr Wettbewerb mit sich bringt, und dass Verbraucher in vielen der liberalisierten Märkte mit mehr Marktkonzentration und mit immer mächtigeren Oligopolen konfrontiert werden.

Dies offenbart sich insbesondere am Energiemarkt, wo Verbraucher nach mehreren EU-Gesetzgebungen nach wie vor darauf warten, die Vorteile wettbewerbsfähiger und verbraucherfreundlicher Märkte zu ernten<sup>5</sup>.

## **Kommerzielle Strategien können Verbraucher von grenzüberschreitenden Einkäufen abhalten**

- Verbraucher werden häufig mit unbegründeten Beschränkungen beim grenzüberschreitenden Einkauf konfrontiert.

Dies gilt besonders beim Online-Shopping, in der Technologie genutzt wird, um Barrieren zu schaffen, entgegen dem Charakter der digitalen Welt. Verbraucher haben beispielsweise häufig nur einen Zugang zum jeweiligen nationalen Portal eines Unternehmens, abhängig vom Standort der IP-Adresse. Auch wird Verbrauchern teilweise sogar der Zugang zu spezifischen Dienstleistungen verweigert. Beispielsweise sind Hypothekarkredite oder Pensionsprodukte für Bürger die keinen Wohnsitz im entsprechenden Land besitzen normalerweise nicht zugänglich. Derartige Praktiken reduzieren die Verbraucherwahl auf unfaire Art und Weise oder diskriminieren Menschen mit einem bestimmten Wohnsitz. Händler sollten keine ungerechtfertigten Hürden aufbauen, die verhindern, dass Verbraucher vom Binnenmarkt profitieren. Die Weigerung, eine Dienstleistung anzubieten, darf nur aus deutlich definierten objektiven Gründen gerechtfertigt werden.

## **„Smart regulation“: schöner Name, schwere Nebenwirkungen**

- Die Reduktion unnötiger verwaltungstechnischer oder behördlicher Auflagen wurde in der EU und in vielen Mitgliedsstaaten zum Leitprinzip deklariert. Vom Gesichtspunkt der Verbraucher erschweren regulatorische Maßnahmen nicht die Entwicklung des Binnenmarktes, sondern nutzen der Entwicklung unserer Gesellschaft und den Bürgern Europas.

MdEPs sollten darauf Acht geben, dass durch die sogenannte „smart regulation“ das Niveau der Sicherheitsstandards, die Stringenz der Verbraucherschutzgesetze und Schadstoffgrenzwerte nicht abgesenkt werden, nur um vermeintlich das Wachstum anzukurbeln und Arbeitsplätze zu schaffen. Denn während diese Auflagen möglicherweise einige Kosten zu Lasten der Industrie verursachen, sind die allgemeinen wirtschaftlichen Vorteile für die EU solcher finanzieller Regulierung, CO<sub>2</sub>-Emissionsstandards und Marktaufsichtsmaßnahmen häufig viel größer.

<sup>5</sup> 'Making the Internal Energy Market work'. A BEUC reality check on the European Commission Communication: <http://beuc.eu/publications/2013-00283-01-e.pdf>

# PRIORITÄTEN FÜR DIE VERBRAUCHERPOLITIK DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

## 1. Ernährung

### a) *Aktueller Stand:*

Verbraucher erwarten, dass das Essen auf ihren Tellern sicher ist und eine gute Qualität aufweist. Aber dies ist nicht immer der Fall, wie aktuelle Lebensmittelskandale ans Licht gebracht haben. Die Lebensmittelsicherheit kann nicht als selbstverständlich erachtet werden. Es sind permanent Maßnahmen erforderlich, um zu gewährleisten, dass Verbraucher dem Nahrungsmittelangebot sicher vertrauen können. Zudem müssen neue Technologien, die potenziell Vorteile für Verbraucher mit sich bringen können, sorgfältig kontrolliert werden, da Gesundheitsrisiken nicht von vornherein ausgeschlossen werden können.

Gemäß unserer Überzeugung sollten Verbraucher in der Lage sein, fundierte Entscheidungen mittels deutlicher und verständlicher Informationen auf Nahrungsmittelverpackungen treffen zu können. Ebenso sollte gewährleistet werden, dass Gesundheitsangaben auf Nahrungsprodukten nur gemacht werden dürfen, wenn sie wissenschaftlich gerechtfertigt sind. Besonders schutzbedürftige Verbraucher wie beispielsweise Kinder sollten nicht mit ungesunden Lebensmitteln, die einen hohen Fett, Salz- und/oder Zuckergehalt aufweisen, beworben werden.



**90%**

der Verbraucher wollen wissen, wo ihre Lebensmittel herkommen



**83%**

der EU-Bürger möchten, dass Lebensmittel aus Klonnachfahren gekennzeichnet werden



**97%**

der Hühnerfilets in den Niederlanden sind mit antibiotikaresistenten Bakterien infiziert

### b) *Die wichtigsten Themenfelder für der Verbraucher:*

Das Vertrauen der Verbraucher in Lebensmittel, und insbesondere in Fleisch, liegt derzeit auf einem sehr niedrigen Niveau. Aktuelle Entwicklungen riskieren einen permanenten Vertrauensverlust. Das Drängen auf die Zulassung von Chlorspülungen bei Geflügel



(wie in den USA derzeit verwendet, von der EU im Moment jedoch noch abgelehnt), Milchsäurespülungen bei Rindern (Ende 2012 in der EU verabschiedet) und das Drängen auf die Zulassung von Nahrungsmitteln aus den Nachkommen geklonter Tiere ohne Kennzeichnung untergraben das Vertrauen der Menschen in ihre Nahrungsmittel.

Im Laufe der nächsten 5 Jahre kann das Europäische Parlament konkrete Maßnahmen vorlegen, um sicherzustellen, dass Verbraucher erneut Vertrauen in Fleischprodukte fassen können. Vier von vielen konkreten Maßnahmen werden in Folge aufgelistet:

- ▶ Die Verpflichtung der **Herkunftskennzeichnung** soll in Zukunft auch Fleisch als Zutat in verarbeiteten Nahrungsmitteln umfassen. Verbraucher möchten wissen, woher ihre Nahrungsmittel stammen. Die aktuelle Pferdefleischkrise hat gezeigt, wie lange und komplex die Nahrungskette ist, wobei viele Unternehmen nicht wissen, woher ihre Zutaten stammen. Die Herkunftskennzeichnung würde der Industrie einen Anreiz bieten, Wissen darüber zu generieren, woher die Zutaten stammen, die in ihren Nahrungsprodukten verwendet werden.
- ▶ Die Mehrheit der Verbraucher möchte keine Nahrungsmittel aus geklonten Tieren oder ihren Nachkommen verzehren. Wenn die EU jedoch nach wie vor den Markt für derartige Produkte öffnen möchte, sollten Verbraucher zumindest in der Lage sein, auf Grund einer Kennzeichnung entscheiden zu können, ob sie Produkte von Klonen oder ihren Nachkommen kaufen.
- ▶ Studien schätzen, dass in der EU jährlich 25.000 Patienten an der Folge **antibiotikaresistenter bakterieller Infektionen** sterben<sup>6</sup>. Es ist weitgehend anerkannt, dass ein Zusammenhang zwischen Resistenz gegen nahrungsmittelbezogene zoonotische Bakterien und Antibiotikaverabreichung bei Tieren besteht. Die Prüfung des Tiergesundheitsgesetzes, der Gesetzgebung über medizinisch behandeltes Futter und der veterinärmedizinischen Gesetzgebung sollte die Einführung konkreter Ziele und Fristen für die Reduktion der Verwendung von Antibiotika in der Tierwirtschaft vorsehen. Ein Verbot der Nutzung von Antibiotika welche in der Humanmedizin als essentiell gelten ist ebenso wichtig wie ein Verbot der präventiven Nutzung von Antibiotika in der Tierhaltung.
- ▶ Aktualisierte Maßnahmen über **offizielle Kontrollen**, die transparente und unabhängige Inspektionen und eine härtere Durchsetzung gewährleisten, helfen bei der Wiederherstellung des Verbrauchervertrauens in Nahrungsmittel und in die Nahrungskette.

### c) Sonstige Forderungen:

Einige anderen wichtigen Gesetze im Lebensmittelbereich sind in Vorbereitung oder werden schon seit langem aufgeschoben. Wir fordern die Voranbringung von Gesetzgebung in den folgenden Bereichen:

- ▶ **Nährwertprofile:** Dieses wesentliche Element der Richtlinie über Nährwert- und Gesundheitsangaben sollte Nahrungsmittel identifizieren, die eine Gesundheits- und Nährwertangabe aufweisen können. Ohne Profile können diese Angaben nach wie

<sup>6</sup> [http://ec.europa.eu/dgs/health\\_consumer/docs/communication\\_amr\\_2011\\_748\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/dgs/health_consumer/docs/communication_amr_2011_748_en.pdf)

vor auf Nahrungsprodukten mit hohem Salz-, Fett- und/oder Zuckergehalt verwendet werden und somit Verbraucher über die allgemeine gesundheitliche Auswirkung eines Produktes in die Irre führen.

- Genauso wie alle anderen Nahrungsmittel können **botanische Nahrungsergänzungsmittel** - wie beispielsweise Ginkgo-Kapseln oder Ginseng-Pulver- alle möglichen Gesundheitsangaben aufweisen. Die EU-Gesetzgebung erfordert leider nicht, dass diese botanischen Nahrungsergänzungsmittel dieselben rigorosen wissenschaftlichen Tests durchlaufen müssen wie andere herkömmliche Nahrungsmittel. Wir fordern, dass botanische Angaben ebenso rigoros untersucht werden müssen und dass irreführende Angaben in der Zukunft vom Markt verschwinden.

## 2. Finanzdienstleistungen

### a) Aktueller Stand:

Auch 5 Jahre nach dem Lehmann Brothers-Betrug haben Skandale im Finanzsektor leider nach wie vor kein Ende genommen. Obwohl in der EU und in den Mitgliedsstaaten in der Zwischenzeit eine Vielzahl an Gesetzen verabschiedet worden ist oder sich derzeit in Vorbereitung befinden, haben Verbraucher immer noch ernsthafte Bedenken im Hinblick auf die Zukunftssicherheit ihrer Darlehen, Ersparnisse und Pensionen. Obwohl einige Mitgliedsstaaten ihre Finanzaufsichtsmechanismen mittlerweile angepasst haben, waren viele Aufsichtsbehörden (wo diese bestehen) dennoch nicht in der Lage, die Risiken von immer komplexeren Produkten oder für Verbraucher unfaire und nachteilige Praktiken aufzudecken und diese zu bekämpfen. Das beschränkte Mandat der EU-Aufsichtsbehörden verhindert, dass diese einen wahren Beitrag leisten können, einen besseren Verbraucherschutz zu garantieren. Die Wirtschaftskrise hat auch dazu geführt, dass immer mehr Haushalte nicht mehr in der Lage sind, mit ihren Schulden fertigzuwerden was zu immer mehr aussichtslosen Lebenssituationen geführt hat.



**57%**

aller Anlageberatung  
ist für EU-Verbraucher  
ungeeignet



**€1.3 Mrd.**

Die Höhe des  
Kartenbetrags in der  
Euro-Zone in 2012

### b) Die wichtigsten Prioritäten der Verbraucher:

Die vergangenen 5 Jahre der Finanzkrise haben deutlich gezeigt, was dem Finanzsektor fehlt: ein Angebot an Produkten und Dienstleistungen, die Verbraucher wirklich benötigen.

Ebenso haben sich am Markt über die letzten Jahre eine Vielzahl an unfairen Praktiken etabliert: Räuberische Darlehenspraktiken, insbesondere gegenüber den schwächsten

Verbrauchern (wie beispielsweise kurzfristige Darlehen und Wucherzinsen); Hypothekarkredite in Fremdwährungen; drastische Zwangsvollstreckungsmaßnahmen; skandalöse Schuldeneintreibungspraktiken; riskante Anlageprodukte, die an Verbraucher verkauft werden, die hauptsächlich ihr Vermögen schützen möchten; verborgene oder sehr komplexe Gebühren; komplexe Produkte im Allgemeinen und mangelnde unabhängige Beratung.

Die Anwendung solcher Praktiken entspricht nicht dem Bedarf der Verbraucher, Zugang zu erschwinglichen und sicheren Finanzprodukten zu haben. Falsche Anreize oder Provisionen von Bankmitarbeitern sind ein Grund dafür, dass solche Methoden überhaupt existieren. Ein weiterer Aspekt ist, dass die bestehende Gesetzgebung zum Schutz der Verbraucher nicht in allen EU Mitgliedsstaaten ordnungsgemäß durchgesetzt wird. Ebenso fehlt es den Regulierungsbehörden an Durchsetzungskraft.

Um diese Situation zu ändern, fordern wir von dem neuen EU-Parlament, folgende spezifische Themen in Angriff zu nehmen:

- > **Die Kontrolle von Finanzdienstleistungen** weist je nach Mitgliedsstaat große Unterschiede auf. Eine wirksame Aufsicht im Finanzsektor erfordert daher einen Mindestgrad an Harmonisierung. Die EU sollte Regeln einführen, um leistungsfähige und unabhängige finanzielle Verbraucherschutzbehörden in jedem Mitgliedsstaat zu gewährleisten. Diese Behörden sollen unter der Schirmherrschaft einer starken europäischen Aufsichtsbehörde kooperieren, die für Verbraucherschutz bei Finanzdienstleistungen verantwortlich ist.
- > **Entlohnung und unabhängige Beratung:** Interessenskonflikte bei Provisionsberatungen können häufig zu schlechten Entscheidungen führen, die für Verbraucher signifikant negative Konsequenzen mit sich bringen können. Provisionen, Umsatzziele und Entlohnungsschemas können dazu führen, dass Berater oder Verkaufsmitarbeiter sich zuerst um ihr eigenes finanzielles Interesse kümmern, was sich nachteilig für die Verbraucherauswirken kann. Eine Maßnahme zur Vermeidung von Interessenskonflikten ist die Stärkung unabhängiger Beratungsstellen, welche zu keinem Zeitpunkt von einem Emittenten von Anlageprodukten entlohnt werden. Als nächsten Schritt fordern wir, dass Anreize für Beratungsdienstleistungen sogar verboten werden.
- > **Überschuldung:** Dieses wichtige Thema erfordert sowohl präventive als auch kurative Maßnahmen: der Kampf gegen räuberische Darlehenspraktiken; Restrukturierung von Darlehensrückzahlungen, wenn Verbraucher mit rückgängigen Einnahmen konfrontiert sind, um Zwangsvollstreckungen und Zwangsenteignungen zu vermeiden; Einführung eines Privatkonkursverfahren in der gesamten EU.

### **c) Sonstige Forderungen:**

Neben den oben genannten Forderungen, dass das Angebot des Finanzsektor den Verbraucherbedürfnissen entsprechen muss, ermutigen wir Sie, an folgenden weiteren

Themen zu arbeiten:

- ▶ Aktualisierung der Richtlinie über **grenzüberschreitende Zahlungen** zur Einbeziehung von nicht in Euro durchgeführten Transaktionen innerhalb der EU/des EWR.
- ▶ Die **Versicherungsvermittlungsrichtlinie** muss klare Bestimmungen enthalten, damit Verbraucher nicht mehr durch sinnlose und unnötige Versicherungen abgezockt werden und somit unnötig Geld ausgeben.

### 3. Verbraucherrechte

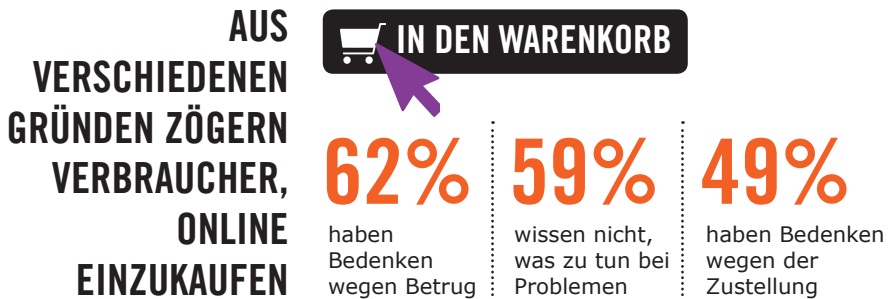
#### a) Aktueller Stand:

Die Überarbeitung des Verbrauchergesetzgebungs-Acquis, die vor nahezu 10 Jahren begann, ist noch immer nicht abgeschlossen: Die Verbraucherrechterichtlinie von 2011 ging das wichtige Element der gesetzlichen Gewährleistung nicht an und hat ebenso keine Vorschriften über digitale Produkte eingeführt. Die Rechte von Verbrauchern beim Kauf digitaler Waren sind offensichtlich unklar. Die Gesetzgebung über unlautere kommerzielle Praktiken und Anforderungen an Verbraucherinformationen müssen kohärenter angewendet werden und die Durchsetzung von Verbraucherrechten muss in der gesamten EU verbessert werden.

Die von der Europäischen Kommission vorgeschlagene Vorgehensweise für die weitere Modernisierung und Harmonisierung des Vertragsrechtes ist die Einführung einer alternativen 'optionalen' Gesetzgebung, sei es im Bereich der Verbraucherrechte, Versicherung oder Cloud Computing-Dienstleistungen. Dies ist keine Lösung für europäische Verbraucher - sie brauchen solide und zeitgemäße Gesetze, die für alle Händler gelten.

#### b) Die wichtigsten Prioritäten der Verbraucher:

Die Gewährleistungsrechte der Verbraucher, die den Austausch, die Reparatur oder Rückerstattung eines mangelhaften Produktes gewährleisten, bestehen allzu oft nur auf dem Papier. Darüber hinaus haben Verbraucher in den meisten EU-Ländern 2 Jahre nach dem Kauf des Produktes keinen Gewährleistungsanspruch mehr. Dies ist besonders bedenklich im Hinblick auf die Förderung langlebiger Produkte (wie beispielsweise Haushaltsgeräte, Kommunikationsgeräte, Autos) und eines nachhaltigeren Lebensstils.



Verbraucher haben Anspruch auf eine gesetzliche Gewährleistung. Das Parlament sollte sich auf die Verbesserung der gesetzlichen Gewährleistung konzentrieren und deren Ausübung einfacher machen. Auch bedarf es besserer Lösungen, wenn langlebige Produkte mangelhaft sind.

Deshalb fordern wir die MdEPs auf, folgende Schritte zu unternehmen:

- ▶ Aktualisierung der Richtlinie für Verbrauchsgüterverkäufe: Verbraucher sollten ihre Gewährleistungsrechte besser nutzen können und folglich sollte die **Richtlinie für Verbrauchsgüterverkauf aus dem Jahr 1999** aktualisiert werden. In Wirklichkeit bieten die Gewährleistungsrechte derzeit keinen ausreichenden Schutz für Verbraucher. Normalerweise akzeptieren Händler die Gewährleistung nach 6 Monaten nicht mehr, weil die Verbraucher nicht beweisen können, dass das Produkt von Anfang an mangelhaft war. Dies reduziert den 2-jährigen Gewährleistungsanspruch in der Praxis auf 6 Monate.
- ▶ **Verlängerung der Gewährleistungsfrist.** Die Gewährleistungsfrist von 2 Jahren berücksichtigt nicht, dass langlebige Gebrauchsgüter viel länger halten sollten, um mit den Erwartungen der Verbraucher übereinzustimmen. Eine längere Gewährleistungsfrist würde Produzenten motivieren, die Lebensdauer ihrer Produkte zu verlängern.
- ▶ **Geplante Obsoleszenz** muss bekämpft werden<sup>7</sup>. Die bevorstehende Überarbeitung der **Ökodesign-Richtlinie** muss ausgeweitet werden und dafür sorgen, dass die Setzung von Lebensdauerkriterien verbindlich wird.

### c) Sonstige Forderungen:

Zusätzlich ersuchen wir die MdEPs, sich auf folgende Themen zu konzentrieren:

- ▶ Um Verbrauchern eine kollektive Geltendmachung von Schadenersatz zu ermöglichen, sind rechtliche Verfahren sowohl für nationale als auch grenzüberschreitende Fälle erforderlich. **Kollektive Rechtsdurchsetzungsverfahren** würden zahlreichen Verbrauchern ermöglichen, gemeinsam einen Fall vor Gericht zu bringen, um eine Entschädigung für Schäden zu erhalten, die mehrere Verbraucher gleichzeitig betreffen.
- ▶ Eine bessere Kooperation zwischen nationalen Vollzugsbehörden muss mittels einer Überarbeitung der **Richtlinie über die Zusammenarbeit im Verbraucherschutz** erzielt werden, mit dem Ziel, eine bessere Bewältigung europaweiter Vertragsverletzungen und unlauterer Handelspraktiken zu erzielen.
- ▶ Die **Richtlinie über unlautere Handelspraktiken** muss in der gesamten EU besser und kohärenter durchgesetzt werden. Die Richtlinie muss durch Anweisungshilfen ergänzt werden.
- ▶ **Pauschalreisen:** Der rechtliche Schutz von Urlaubern, die Pauschalreisen buchen, muss an den Stand der Dinge angepasst werden, um den Erwartungen der Verbraucher in einem immer komplexeren Markt mit neuen Produkten und Buchungsmöglichkeiten zu entsprechen.

<sup>7</sup> Wie eine Studie von der Stiftung Warentest im September 2013 ergab, wird die Umsatzsteigerung mittels einer geringen Lebensdauer von Produkten durch 3 Faktoren beeinflusst: 1) Konstruktionsmerkmale machen eine Reparatur unmöglich (z.B. Smartphone-Akkus, die nicht ausgetauscht werden können), 2) Reparaturkosten sind bei weitem zu hoch, um eine attraktive Option für Verbraucher darzustellen oder 3) es sind häufig keine Ersatzteile erhältlich.

- Im Hinblick auf **Versicherungsverträge** sollte jede EU-Initiative einen sehr hohen Grad an Konsumentenschutz bieten und für alle Unternehmen verbindlich sein, und daher nicht nur optional angewendet werden müssen.

## 4. Digitale Rechte

### a) Aktueller Stand:

Das Internet hat mittlerweile eine nicht wegzudenkende Stellung im Geschäfts-, Privat- und Berufsleben vieler europäischer Verbraucher erlangt. Während dieses Umfeld ständig expandiert und immer wichtiger wird, ist es zentral darauf hinzuweisen, dass Verbraucher online genauso viel Schutz verdienen wie außerhalb des Internets.

Das Internet ermöglicht nahezu unendliche Möglichkeiten im Hinblick auf den Zugang zu Wissen, Kultur sowie den unterschiedlichsten Produkten und Dienstleistungen. Trotz seines eigentlich grenzenlosen Charakters werden Verbraucher mit Zugangsbeschränkungen konfrontiert, abhängig von ihrer Nationalität oder ihrem Wohnort. Verbraucher in ganz Europa sollten Zugang zu einem dynamischen Markt verbraucherfreundlicher und erschwinglicher rechtlicher Angebote von musikalischem und audiovisuellem Inhalt haben.



**+50%**  
**SCHALTEN AB**

Mehr als 50% der EU-Verbraucher schalten ihr Datenroaming ab, wenn unterwegs in der EU



**24%**

der EU-Haushalte werden mit Sperrung von Internetinhalten konfrontiert



**< 5%**

aller Bücher in der EU sind zugänglich für Blinde oder Sehbehinderte

Damit Verbraucher die Vorteile der digitalen Ära nutzen können, muss der Zugang zu Telekomnetzen und Dienstleistungen gewährleistet werden. Ein Telekom-Binnenmarkt muss die Erwartungen der Verbraucher erfüllen, den Wettbewerb fördern und ihre Rechte schützen. Die Offenheit und Neutralität des Internets muss geschützt werden und Verbraucher müssen faire und transparente Verträge erhalten. Darüber hinaus müssen Roaming-Gebühren abgeschafft werden.

### b) Die wichtigsten Prioritäten der Verbraucher:

Onlinediskriminierung muss aufhören. Verbraucher, die digitale Inhalte wie beispielsweise e-Books online kaufen möchten, werden derzeit nicht wie Verbraucher von dinglichen Produkten behandelt. Verbraucher werden sowohl im Hinblick auf den Zugang zu digitalen Inhalten (viele Online-Shops sind nur für Einwohner ihres eigenen

Landes zugänglich) als auch im Hinblick auf deren Nutzung nach dem Erwerb (Verbot der Übertragung legal erworbenen Inhalts eines digitalen Produktes auf ein anderes Gerät) diskriminiert. Überdies stehen Verbrauchern in der EU nicht dieselben effizienten Rechtsmittel im Fall von mangelhaften Produkten mit digitalem Inhalt zur Verfügung.

Eine aktuelle Studie der Kommission zeigte, dass die Benachteiligung der Verbraucher in der EU beim Kauf von digitalen Inhalten jährlich €64 Milliarden beträgt<sup>8</sup>.

Wir fordern die MdEPs auf, für einen echten digitalen Binnenmarkt mittels der Modernisierung der folgenden Gesetze einzutreten:

- ▶ Die **Richtlinie über die Informationsgesellschaft**, die zulässige Nutzungsmöglichkeiten legal erworbener digitaler Produkte definiert, muss gewährleisten, dass Nutzungseinschränkungen nicht auf Basis missbräuchlicher urheberrechtlicher Auslegungen erfolgen.
- ▶ Es ist die **Richtlinie über den Verbrauchsgüterkauf**, welche die Rechtsmittel der Verbraucher gegen den Händler im Fall einer Nichtkonformität definiert. Dieses Gesetz muss dringend aktualisiert werden, um digitale Produkte einzuschließen.
- ▶ Obwohl die **Dienstleistungsrichtlinie** die Diskriminierung von Verbrauchern auf Basis ihrer Nationalität und ihres Wohnsitzes verbietet, wird Verbrauchern häufig aufgrund ihres Wohnsitzes oder ihrer Nationalität der Zugang zu bestimmten Websites verwehrt.

### c) Sonstige Forderungen:

Die oben genannten Themen würden die Nutzung des digitalen Marktplatzes für Verbraucher erheblich verbessern. Andere anzusprechende Themen umfassen die folgenden Punkte:

- ▶ Das Recht auf den Schutz von Personendaten darf nicht ausgehöhlt oder unterminiert werden, nur weil es in der digitalen Welt einfacher und gewinnträchtiger geworden ist, sie zu brechen. Im Hinblick auf die **Datenschutzrichtlinie** sollten MdEPs auf die Arbeit des bisherigen Europäischen Parlamentes aufbauen, um sicherzustellen, dass europäische Verbraucher von fundierten Rahmenbedingungen profitieren können, die stabile Grundsätze, starke Rechte und eine wirksame Durchsetzung bieten.
- ▶ Europäische Verbraucher verdienen einen echten **Telekom-Binnenmarkt** ohne künstliche Barrieren zwischen EU-Ländern. Verbraucher müssen in der Lage sein, Kommunikationsdienstleistungen unabhängig davon zu nutzen, wo sie oder ihre Gesprächspartner sich in der EU befinden, ohne mit erheblichen Kosten konfrontiert zu werden. Es muss ein hoher Grad an Verbraucherschutz gewährleistet werden, da nach wie vor zu viele Missbräuche bestehen. In einer immer mehr vernetzten und digitalen Gesellschaft erfordert der Schutz des Internets in Europa die Gewährleistung des Rechts der Verbraucher auf Zugang zum offenen Internet ohne unzulässige Diskriminierung.

---

<sup>8</sup> Studie von Europe Economics für die Kommission, veröffentlicht im Dezember 2011

# DAS ALLES UMFASSENDE THEMA: TTIP

Während der nächsten Legislaturperiode wird die Europäische Kommission das Europäische Parlament ersuchen, ein Handelsabkommen mit den USA zu ratifizieren - das Transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP).

Ein Freihandelsabkommen könnte Verbraucher dadurch von Nutzen sein, dass mehr Marktdruck zu Produktinnovationen, besseren Dienstleistungen und Senkung von Preisen führt. Ebenso könnte das Freihandelsabkommen zu einer größeren Auswahl für Verbraucher oder zu einer besseren transatlantischen Kooperation im Hinblick auf Produkt- oder Lebensmittelsicherheit führen. Aber dies sollte nicht auf Kosten der Beeinträchtigung des bestehenden regulatorischen Rahmenwerks erfolgen, aus dem die EU-Verbraucher ihr Vertrauen in unter anderem Nahrung, Arzneimittel, Verbrauchsgüter und Internetverkäufe ableiten.

TTIP ist kein gewöhnliches Handelsabkommen zur Senkung von Tarifen. Dieses Abkommen fokussiert sich auf regulatorische Themen und nichttarifliche Handelsbarrieren. Es ist entscheidend, dass die auf Beseitigung von Handelsbarrieren ausgerichteten Handelsbeziehungen auf einem hohen Grad an Respekt der Verbraucherinteressen basieren. Es ist eine Priorität, Verbraucherschutz nicht als Belastung für die Wirtschaft zu sehen, sondern eher als Pluspunkt für die Entwicklung gesunder und vor allem stabiler transatlantischer Handelsbeziehungen.

## 1. Unser Maßstab

Wir sind davon überzeugt, dass ein auf regulatorische Konvergenz ausgerichteter Vertrag nur dann akzeptabel ist, wenn er hohe Standards von Verbraucher-, Umwelt und Gesundheitsschutz fordert, während gleichzeitig beide Handelspartner die Autonomie haben, ein stärkeres nicht diskriminierendes Schutzniveau einzuführen. Das bedeutet, dass ein Freihandelsabkommen die USA und die EU und ihre Mitgliedsstaaten nicht einschränken sollte, Standards aufrechtzuerhalten, einzuführen oder umzusetzen, die einen höheren Grad an Verbraucherschutz bieten als diejenigen, die gemäß dem Vertrag erforderlich sind. Dies ist auch angesichts wissenschaftlicher Unsicherheit (Vorsorgeprinzip) von höchster Bedeutung.

## 2. Transparenz

Die Europäische Kommission und die US-Regierung sind der Meinung, dass diese Handelsgespräche hinter geschlossenen Türen erfolgen müssen. Die Einsetzung



eines Beratergremiums auf EU-Ebene ist ein Fortschritt im Hinblick auf vorherige Verhandlungen. Dennoch ist es unmöglich, hier von einem transparenten Prozess zu sprechen. Die Mitglieder dieses Gremiums haben nur beschränkten Zugang zu den Verhandlungstexten, welche nur unter strengen Geheimhaltungsvorschriften einsehbar sind. Diese Texte werden weiterhin für andere zivilgesellschaftliche Gruppen und den Bürgern unzugänglich sein.

Während WTO, WIPO und UNFCCC<sup>9</sup> Zugang zu Verhandlungsunterlagen gewähren, wird diese Möglichkeit, einen wirklichen Beitrag für die Transparenz der Verhandlungen zu schaffen, im Fall des TTIP verhindert. Diese mangelnde Transparenz heizt lediglich das Misstrauen und die Skepsis über die echten Ziele dieses Handelsabkommens an.

### 3. Investor-Staat Streitbelegungsmechanismus

Eine der entscheidenden Fragen des TTIP ist, ob es ein hinter geschlossenen Türen stattfindendes Streitbelegungsverfahren umfassen wird. Dieser Investor-Staat-Streitbelegungsmechanismus (ISDS) ermächtigt ausländische Investoren, Staaten zu verklagen, um eine finanzielle Entschädigung zu fordern, wenn Investoren glauben, dass ihr Investitionspotenzial (und die dazugehörigen Gewinne) durch regulatorische oder politische Veränderungen behindert werden. Als Vertreter von Verbraucherinteressen sind wir sehr besorgt, dass Verbrauchergesetze und Umweltvorschriften in der Zukunft regelmäßig zur Disposition stehen werden, weil Investoren ihre Einkommen gefährdet sehen.



ISDS ermöglicht Unternehmen, eine finanzielle Entschädigung in Höhe hunderter Millionen Euros an Steuergeldern zu fordern und stellt damit eine erhebliche Belastung der öffentlichen Hand dar. ISDS kann als Abschreckungsmittel eingesetzt werden, insbesondere bei kleineren Ländern, um Gesetze zum Schutz von Verbrauchern und der Umwelt zu verhindern, da diese sonst dem Risiko ausgesetzt sind von großen Unternehmen verklagt zu werden.

Solche Klagen werden hinter geschlossenen Türen in Schiedsgerichten behandelt, die niemanden Rechenschaft schuldig sind und die nationalen Gerichtssysteme umgehen. Die Möglichkeiten einer Berufung oder der Aufhebung einer Entscheidung sind sehr eingeschränkt. Viele Schiedsrichter wechseln zwischen ihrer Funktion als „Richter“ und Anwalt für Unternehmen oder Regierungen, was inhärente Interessenskonflikte schafft.

TACD, die Dachorganisation von 80 EU- und US-Verbraucherorganisationen und BEUC empfehlen, dass die USA und EU ein Investor-Staat-Streitbelegungsmechanismus von einem zukünftigen Handelsabkommen ausschließen<sup>10</sup>.

<sup>9</sup> Welthandelsorganisation, Weltorganisation für geistiges Eigentum und Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen.

<sup>10</sup> <http://tacd.org/ttip-policy-statements/>

# UNSER ALLES EINSCHLIESSENDER GRUNDSATZ: NACHHALTIGKEIT

Die Wirtschafts- und Klimakrise in Kombination mit den rasch ansteigenden Lebenshaltungskosten bedingt die Notwendigkeit einer Verbraucherpolitik, die Lösungen entwickelt, welche die Lebensqualität bestehender und zukünftiger Generationen verbessern. Eine Möglichkeit, dies zu erreichen, ist das Prinzip 'mehr mit weniger', d.h. verbesserte Ressourceneffizienz und ein klügerer Lebensstil.

Nachhaltigere Konsum- und Produktionsmuster zeigen sinnvolle Wege, wie man durch positive Beeinflussung von Innovation aus der bestehenden Finanzkrise herauskommen kann. Die Krise ist kein Argument, unhaltbare Konsummuster aufrecht zu erhalten. Es ist eine Chance für dringend notwendige Veränderungen der Produktions- und Konsummuster.

Das Treffen „grüner“ Entscheidungen sollte nicht das Vorrecht der wohlhabenden und gebildeten Verbraucher sein, sondern sollte zunehmend einfach und erschwinglich werden. Einkommensschwache Verbraucher sind häufig diejenigen, deren Lebensstile weniger negative Auswirkungen auf die Umwelt haben, weil sie nicht die finanziellen Mittel haben, in exotische Urlaubsziele zu fliegen oder kleinere Autos fahren müssen. Gleichzeitig können einkommensschwächere Verbraucher nicht im gleichen Ausmaß von nachhaltigen Produkten und Dienstleistungen, wie beispielsweise biologischen Nahrungsmitteln, doppelt verglasten Fenstern oder A+++-Waschmaschinen profitieren, da diese Produkte häufig deutlich teurer sind.

Viel kann erreicht werden, indem man anders und nicht zwangsläufig weniger konsumiert, und indem neue innovative Geschäftsmodelle sich etablieren:

- > Produktion von Produkten mit längerer Lebensdauer und Förderung von Reparaturen;
- > "Cradle-to-cradle"- und "Zero Waste"-Konzepte;
- > Nutzung von Dienstleistungen statt Kauf von Produkten.

## CO<sub>2</sub>-AUSSTOSS

Den CO<sub>2</sub>-Ausstoß auf 95g/km zu verringern, führt zu jährlichen Spriteinsparungen von bis zu 465 Euro



## Das Treffen „grüner“ Entscheidungen sollte nicht das Vorrecht der wohlhabenden und gebildeten Verbraucher sein

Wir fordern das Europäische Parlament auf, die rechtlichen und kommerziellen Rahmenbedingungen zu ändern, um ein breiteres Sortiment von nachhaltigen Produkten und Dienstleistungen zu erschwinglichen Preisen für alle Verbraucher anzubieten. Steuer- und Informationsprogramme sind Maßnahmen, welche die Setzung rechtlich bindender Standards ideal ergänzen. Höhere Steuern auf nicht-nachhaltige Produkte können Verbraucher dahingehend lenken, nachhaltigere Entscheidungen zu treffen. Produktinformationen helfen Verbrauchern, bessere und fundierte Kaufentscheidungen zu treffen. Eine Überarbeitung der Kennzeichnungsrichtlinie für Autos und Haushaltsgeräte wird beispielsweise geeignete Möglichkeiten in dieser Hinsicht bieten.



**48%**

der Verbraucher misstrauen  
Umweltangaben auf Produkten

Obwohl besser gestaltete Informations- und Besteuerungsinstrumente helfen sollten, die Nachfrage nach nachhaltigen Produkten zu steigern, wird Nachhaltigkeit nicht ausschließlich durch Verbraucherentscheidungen gesteigert. Staatliche Eingriffe, z.B. in Form von Ökodesign-Standards für Produkte oder CO<sub>2</sub>-Emissionsnormen für Autos sind entscheidend für die Etablierung nachhaltiger Produkte und Lebensweisen.

# ANDERE THEMEN, DIE UNSERE AUFMERKSAMKEIT VERDIENEN

Innerhalb von 5 Jahren können bedeutende Veränderungen im Alltag der Verbraucher erzielt werden. Bis 2019 würden wir uns wünschen, dass folgende Ziele erreicht werden:

- Verbraucherschutzbehörden sind ausreichend finanziert und stellen sicher, dass die Verbraucherrechte in der Realität angewandt werden können und nicht nur auf dem Papier bestehen: Vollzugsbehörden benötigen mehr finanzielle Ressourcen, und Kompetenzen zur Prüfung von Verbraucherbeschwerden. Ebenso müssen Verbraucherschutzbehörden die Macht haben, Marktunvollkommenheiten zu untersuchen und auszugleichen. Die EU-Koordination von Vollzugsleistungen muss verbessert werden, um grenzüberschreitende und EU-weite Verstöße wirksam zu bekämpfen.
- Alle Patienten in Europa haben uneingeschränkt Zugang zu sicheren, wirksamen und innovativen medizinischen Behandlungen und haben die Mittel, eine aktive Rolle in Entscheidungen bezüglich ihrer Gesundheit zu spielen: Patienten möchten ein Mitspracherecht in Entscheidungen über ihre Gesundheit haben und sollten die Mittel dazu bekommen. In Zeiten einer alternden Bevölkerung und steigender Gesundheitskosten muss der Zugang von Verbrauchern zu sicheren und wirksamen Behandlungen gewährleistet werden.
- Verbraucher werden nur dann sichere Produkte und Dienstleistungen erhalten, wenn ein ambitionierter EU-Gesetzesrahmen über Produktsicherheit und Marktaufsicht besteht: Verbraucher sind derzeit zu vielen, gefährlichen Produkten ausgesetzt. Es müssen mehr Anstrengungen auf EU- und nationaler Ebene geleistet werden, um gefährliche Produkte aus den Verkaufsregalen zu entfernen, sodass sie den Verbraucher überhaupt nicht erreichen können. Nur ein Verbot des Verkaufs dieser Produkte

## RAPEX-MELDUNGEN

mehr als 2.300 gefährlicher  
Produkte in 2013



kann sicherstellen, dass Gesundheit und Sicherheit sowie faire Marktbedingungen im Binnenmarkt gewährleistet werden können. Die EU sollte auch rechtliche Rahmenbedingungen über die Sicherheit von Dienstleistungen vereinbaren.

- > EU-Energiepolitik muss erschwinglich sein: Die steigenden Energiekosten bedrohen den Lebensstandard europäischer Bürger. Angesichts der Höhe der Investitionen, die für Infrastrukturverbesserungen und Erreichung der Klima- und Energieziele erforderlich sind, müssen EU-Richtlinien folgende Grundsätze einschließen: Erschwinglichkeit; Zuverlässigkeit; Einfachheit; Schutz; Ermächtigung; Vermeidung einer Diskriminierung finanziell schwacher und schutzbedürftiger Verbraucher.
- > Verbraucher sollten in der Lage sein, vollständig und sicher von technologischen Fortschritten zu profitieren: Technologische Fortschritte müssen den Lebensstandard von Verbrauchern verbessern, ihren Ansprüchen und Erwartungen gerecht werden und die besonderen Aspekte einer alternden Gesellschaft berücksichtigen.



## €190 Mdr.

Gesamtausgaben für  
Medikamente in der EU  
in 2010

- > Gewährleistung, dass die Gesellschaft von einer starken und einflussreichen Verbraucherbewegung auf nationaler und EU-Ebene profitiert. Die Rolle der Verbraucherbewegung muss auf EU- und nationaler Ebene anerkannt werden. Nötigenfalls müssen nachhaltige Finanzierungsmaßnahmen sichergestellt werden, um den Kapazitätsaufbau zu unterstützen, sodass die Präsenz von Verbraucherorganisationen als Gesprächspartner von Entscheidungsträgern in Zukunft aufwertet wird.

*Die Rolle der  
Verbraucherbewegung  
muss auf EU- und  
nationaler Ebene  
anerkannt werden.*



# BEUC-MITGLIEDER IN 2014



- AT** Verein für Konsumenteninformation - VKI
- AT** Arbeiterkammer - AK
- BE** Test-Achats/Test-Aankoop
- BG** Bulgarian National Association Active Consumers - BNAAC
- CH** Fédération Romande des Consommateurs - FRC
- CY** Cyprus Consumers' Association
- CZ** Czech Association of Consumers - dTest
- DE** Verbraucherzentrale Bundesverband - vzbv
- DE** Stiftung Warentest
- DK** Forbrugerrådet
- EE** Estonian Consumers Union - ETL
- EL** Association for the Quality of Life - E.K.PI.ZO
- EL** Consumers' Protection Center - KEPKA
- ES** Confederación de Consumidores y Usuarios - CECU
- ES** Organización de Consumidores y Usuarios - OCU
- FI** Kuluttajaliitto - Konsumentförbundet ry
- FI** Kilpailu- ja kuluttajavirasto - KKV
- FR** UFC - Que Choisir
- FR** Consommation, Logement et Cadre de Vie - CLCV
- HU** National Association for Consumer Protection in Hungary - OFE
- HU** National Federation of Associations for Consumer Protection in Hungary - FEOSZ
- IE** Consumers' Association of Ireland - CAI
- IS** Neytendasamtökin - NS
- IT** Altroconsumo
- IT** Consumatori Italiani per l'Europa - CIE
- LU** Union Luxembourgeoise des Consommateurs - ULC
- LT** Alliance of Lithuanian Consumers' Organisations
- LV** Latvia Consumer Association - LPIAA
- MK** Consumers' Organisation of Macedonia - OPM
- MT** Għaqda tal-Konsumaturi - CA Malta
- NL** Consumentenbond
- NO** Forbrukerrådet
- PL** Federacja Konsumentów - FK
- PL** Stowarzyszenie Konsumentów Polskich - SKP
- PT** Associação Portuguesa para a Defesa do Consumidor - DECO
- RO** Association for Consumers' Protection - APC Romania
- SE** The Swedish Consumers' Association
- SI** Slovene Consumers' Association - ZPS
- SK** Association of Slovak Consumers - ZSS
- UK** Which?
- UK** Consumer Futures





Von der Sicherheit unserer Lebensmittel über Anlageberatung, von Datenschutzvorgaben bis zu den Kosten umweltfreundlicher Autos - die EU hat direkte Auswirkungen auf den Alltag der Verbraucher in Europa. Dieses Wahlprogramm beinhaltet die Forderungen BEUCs für das Europäische Parlament 2014-2019.



**Die Stimmer der Verbraucher in Europa**

Rue d'Arlon, 80 Bte 1

B - 1040 Brüssel

Tel: +32 2 743 15 90

[www.beuc.eu](http://www.beuc.eu)